

MORNING NEWS

7. August 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	26.140,13	13,83	0,05	26.126,30	DJ 30	53.885,10	-464,02	-0,85	54.349,12
MDAX	32.431,12	4,79	0,01	32.426,33	NASDAQ	29.373,33	-114,46	-0,39	29.487,79
TEC DAX	4.002,89	38,20	0,96	3.964,69	Nikkei 225	65.315,15	-368,11	-0,56	65.683,26
Euro Stoxx50	6.502,56	25,58	0,39	6.476,98	Hang Seng	25.567,85	37,57	0,15	25.530,28
Bund Future	124,75	-0,34	-0,27	125,09	Euro / US-\$	1,1524	-0,00	-0,01	1,1525
Gold in US-\$	4.267,14	27,72	0,65	4.239,42	Öl (Brent) US-\$	83,94	1,45	1,76	82,49
Bitcoin / US-\$	64.171,45	-221,14	-0,34	64.392,59	Ethereum / US-\$	1.894,33	-11,52	-0,60	1.905,85

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	26.162	+22
NASDAQ Future	29.498,75	+10,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	173,08	2,10	0,01	170,98	199,46	3.065.654,00
Nokia OJ	8,18	-0,13	-0,02	8,31	9,43	47.149.155,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Handelsbilanz, sb	Juni	08:00	17,2 (19,1) Mrd €
D	Exporte (m/m), sb	Juni	08:00	0,5% (0,9%)
D	Importe (m/m), sb	Juni	08:00	2,0% (-2,5%)
D	Industrieproduktion (m/m), sb	Juni	08:00	0,2% (0,9%)
D	Industrieproduktion (y/y), WDA	Juni	08:00	0,1% (0,0%)
USA	Beschäftigte ausserhalb der Landwirtschaft (Änderung)	Juli	14:30	80.000 (57.000)
USA	Durchschnittliche Stundenlöhne (m/m)	Juli	14:30	0,3% (0,3%)
USA	Durchschnittliche Stundenlöhne (y/y)	Juli	14:30	3,5% (3,5%)
USA	Arbeitslosenquote	Juli	14:30	4,2% (4,2%)
USA	Verbraucherkredite	Juni	21:00	12,000 (0,182) Mrd \$

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,30 (n/a)	10-jährige Bonds	-0,359	4,66%
Volumen NASDAQ	8,89 (n/a)	30-jährige Bonds	-0,469	5,20%

(/)=Vortag

Nach einem starken Wochenaufstart haben die US-Börsen am Donnerstag im Minus geschlossen. Die Anleger verarbeiteten die jüngsten **Unternehmensbilanzen** und warteten auf Anzeichen für Fortschritte bei einem möglichen Friedensabkommen zwischen den **USA** und dem **Iran**. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,9 Prozent tiefer

auf 53.885 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 gab 0,2 Prozent auf 7710 Zähler nach. Der Index der Technologiebörse Nasdaq verlor 0,1 Prozent auf 26.348 Punkte.

Die **Ölpreise** zogen unterdessen deutlich an. Die Nordseesorte **Brent** verteuerte sich um 3,8 Prozent auf 82,49 Dollar pro Barrel (159 Liter). US-Leichtöl **WTI** stieg um 2,8 Prozent auf 77,29 Dollar. Zuvor hatte die halbstaatliche iranische Nachrichtenagentur Fars berichtet, dass ein Parlamentsausschuss in Teheran einen Gesetzentwurf prüfe, der amerikanischen, israelischen und anderen "feindlichen" Schiffen die Durchfahrt durch die Straße von Hormus verbieten würde.

Die Reaktion der Märkte auf makroökonomische Nachrichten falle derzeit jedoch verhaltener aus als üblich, sagte Robert Bernstone, Handelschef bei SummitTX Capital in New York. Dies liege wahrscheinlich am Sommer und einer gewissen Nachrichtenmüdigkeit, insbesondere rund um den Iran.

Mit Spannung blickten die Investoren zudem auf die am Freitag anstehenden US-Arbeitsmarktdaten, die Hinweise auf den künftigen Zinskurs der US-Notenbank unter ihrem Chef Kevin Warsh geben könnten.

Bei den Einzelwerten sorgten durchwachsene Quartalszahlen für Kursverluste. Die Aktien des Datenspeicherspezialisten **Western Digital** brachen um 13 Prozent ein, die Papiere des Speicherchipherstellers **Sandisk** fielen um 6,8 Prozent. Die Marketingplattform **AppLovin** verfehlte die Umsatzschätzungen der Wall Street, woraufhin die Titel um 19,7 Prozent abstürzten. Die Aktien der Cloud-Sicherheitsfirma **Datadog** gaben um 19 Prozent nach. Das Unternehmen rechnet im dritten Quartal mit einem schwächeren Umsatzwachstum.

Gegen den Trend legten die Papiere von **SpaceX** um 6,1 Prozent zu. Damit trotzte das Raumfahrtunternehmen den Erwartungen, dass das Ende der Sperrfrist für Frühinvestoren zu einem Ausverkauf führen würde.

US Unternehmen

Der US-Zimmervermittler **Airbnb** hat im abgelaufenen Quartal dank einer starken weltweiten Reisenachfrage und der Fußball-Weltmeisterschaft in Nordamerika mehr umgesetzt und verdient als erwartet. Der Umsatz stieg im zweiten Quartal von 3,1 Milliarden auf 3,61 Milliarden Dollar, wie das Unternehmen mitteilte. Der Gewinn pro Aktie kletterte auf 1,37 Dollar nach 1,03 Dollar vor Jahresfrist. Analysten hatten LSEG-Daten zufolge im Schnitt lediglich mit Erlösen von 3,57 Milliarden Dollar und einem Gewinn von 1,25 Dollar je Anteilsschein gerechnet. Die Airbnb-Aktie legte im nachbörslichen Handel um 11,6 Prozent zu. Das Unternehmen profitierte nach eigenen Angaben stark von Neukunden während der in den USA, Kanada und Mexiko ausgetragenen Fußball-WM. Für das Gesamtjahr 2026 hob Airbnb seine Prognose an und rechnet nun mit einem Umsatzwachstum, das "mindestens im mittleren Zehnerbereich" liegt. Das Unternehmen hatte ein Plus im niedrigen bis mittleren Zehnerbereich prognostiziert (Reuters).

Hacker haben in den vergangenen Wochen mit einer Welle von Anrufen versucht, in die Netzwerke von Dutzenden führenden **US-Finanzunternehmen** einzudringen. Zu den Zielen gehörten Finanzinvestoren wie **Blackstone**, **KKR** und **Apollo Global Management**, wie aus einem veröffentlichten Bericht von Google und von der Nachrichtenagentur *Reuters* ausgewerteten Daten hervorgeht. Die Angreifer versuchen, an Passwörter von Mitarbeitern zu gelangen, um Lösegeld zu erpressen. Reuters konnte nicht feststellen, bei welchen Unternehmen die Angriffe erfolgreich waren.

Ein **Gericht im US-Bundesstaat New Mexico** hat den Facebook-Mutterkonzern **Meta** wegen Gefährdung der psychischen Gesundheit von Kindern zu einer **Strafe** von 567 Millionen Dollar verurteilt. Der Konzern kündigte Berufung an und erklärte: "Wir sind weiterhin überzeugt, beim Schutz von Jugendlichen im Internet eine gute Bilanz vorweisen zu können, und werden uns auch künftig gegen Behauptungen wehren, die den Sachverhalt falsch darstellen." Neben der Geldstrafe muss das Unternehmen dem Urteil vom Donnerstag (Ortszeit) zufolge seine Plattformen für Minderjährige in dem Bundesstaat anders ausgestalten. Richter Bryan Biedscheid gab damit dem Generalstaatsanwalt Raúl Torrez recht. Dieser hatte Meta vorgeworfen, seine Produkte seien darauf angelegt, junge Nutzer abhängig zu machen; zudem schütze der Konzern Kinder nicht ausreichend vor sexueller Ausbeutung (Reuters).

Marktmeldungen

Die **Bundesanwaltschaft** hat die Ermittlungen zum **mutmaßlichen Anschlagversuch** mit einer Sprengstoffdrohne am **Flughafen Leipzig/Halle** übernommen. Grund sei die besondere Bedeutung des Falles, teilte die Behörde am Donnerstagabend mit. Es bestehe der Verdacht des versuchten Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion sowie des gefährlichen Eingriffs in den Luftverkehr. Nach Angaben aus der Regierungskoalition hatten die betroffenen Frachtflugzeuge keine Munition an Bord. Mehrere Medien hatten dies unter Berufung auf einen vertraulichen Polizeibericht gemeldet (Reuters).

Die **US-Notenbank** Fed darf sich nach den Worten von Alberto Musalem, dem Präsidenten der Federal Reserve Bank of St. Louis, bei ihren **geldpolitischen Entscheidungen** nicht von den Finanzmärkten leiten lassen. "Manchmal ist es vertretbar, die Märkte zu überraschen", sagte er am Donnerstag (Ortszeit) bei einer Veranstaltung in Brasilien. Die Zentralbank müsse sich ein eigenes Urteil bilden. "Wenn man der Meinung ist, dass es Zeit für eine geldpolitische Kursänderung ist, sollte man diesen Schritt vollziehen - unabhängig davon, was an den Märkten eingepreist ist", erklärte Musalem weiter (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat am Donnerstag zwei **Dekrete** unterzeichnet, um das **Recht auf die Staatsbürgerschaft durch Geburt in den USA einzuschränken** und den sogenannten Geburtstourismus zu verbieten. Dem Weißen Haus zufolge wird damit der Kreis der Personen erweitert, die keinen Anspruch auf die automatische Staatsbürgerschaft haben. Eine Einschränkung des Geburtsortsprinzips gehört zu den obersten Prioritäten des Republikaners bei seinem Vorgehen gegen Einwanderung. Ein früherer Vorstoß Trumps war im Juni vom Obersten Gerichtshof abgewiesen worden, woraufhin er den Kongress zum Handeln aufgefordert hatte (Reuters).

US-Präsident Donald Trump rechnet nach eigener Aussage mit einem baldigen Ende des Krieges. "Ich glaube, er wird ziemlich bald vorbei sein", sagt Trump. Er gehe nicht davon aus, dass der **Iran** noch viel länger durchhalten könne. Zugleich räumt er ein, dass die **US-Streitkräfte bei einigen Waffen mit Engpässen zu kämpfen** haben. "Wir haben bestimmte Arten von Munition, die sehr schlagkräftig sind und von denen wir unbegrenzte, praktisch unbegrenzte Vorräte haben", sagt Trump. "Bei anderen ist es ein wenig knapper." US-Rüstungsunternehmen errichten ihm zufolge weitere Produktionsanlagen, unter anderem für Patriot- und Tomahawk-Raketen. Die Nachrichtenagentur *Reuters* hatte gemeldet, dass die US-Armee in dem seit fünf Monaten andauernden Krieg einen Großteil ihrer weltweiten Bestände an hochpräzisen Langstreckenraketen aufgebraucht habe.

Saudi-Arabien rechnet einem hochrangigen Insider zufolge mit unmittelbar bevorstehenden, koordinierten Angriffen aus dem Norden und Süden. Diese sollen von **irakischen Milizen** und den **jemenitischen Huthi** unter Führung der **iranischen Revolutionsgarden** ausgeführt werden. Geheimdienstberichte aus Saudi-Arabien, den USA und anderen Ländern der Region deuten demnach darauf hin, dass zivile Einrichtungen und wirtschaftlich wichtige Infrastruktur wie Energieanlagen, Häfen und Flughäfen zum Ziel werden könnten. Zudem beobachte das Königreich, dass Drohnen und Raketen verlegt würden. Dies deute auf ein abgestimmtes Vorgehen aus beiden Richtungen hin. Die Zusammenarbeit zwischen Saudi-Arabien und den USA bleibe auf allen Ebenen "sehr eng", erklärt der Insider weiter. Dazu gehöre die operative Zusammenarbeit mit dem US-Zentralkommando. Das Königreich sei bereit, alles Notwendige zu tun, um auf jede Aggression zu reagieren (Reuters).

Ein **russischer Drohnenangriff** hat in der ostukrainischen Region **Charkiw** ein Feuer in den Lagerhallen eines Agrarunternehmens ausgelöst. Der Angriff habe sich in der Gemeinde Balaklija ereignet, teilen die örtlichen Behörden über den Kurznachrichtendienst Telegram mit. Verletzte habe es nicht gegeben. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat am Donnerstag den von russischen Angriffen betroffenen Landwirten Unterstützung zugesagt. Moskau greift verstärkt landwirtschaftliche Exportanlagen und Handelsschiffe in der Schwarzmeerregion der Ukraine an (Reuters).

Chinas Exporte sind im Juli überraschend stark gestiegen. Die Ausfuhren legten auf Dollarbasis gegenüber dem Vorjahresmonat um 23,9 Prozent zu, wie die Zollverwaltung mitteilte. Von *Reuters* befragte Analysten hatten lediglich mit einem Plus von 22,2 Prozent gerechnet, nach einem Anstieg von 27 Prozent im Juni. Die Importe wuchsen im Juli um 27,5 Prozent. Für die Importe hatten Experten einen Zuwachs von 27,9 Prozent erwartet, nachdem die Einfuhren im Vormonat noch um 36 Prozent gestiegen waren. Der Handelsbilanzüberschuss verringerte sich im Juli von 125,62 Milliarden Dollar im Juni auf 112,5 Milliarden Dollar.

Japan hat den **Yen** im Frühjahr mit einer Rekordsumme am Devisenmarkt gestützt. Wie aus am Freitag veröffentlichten Daten des Finanzministeriums in Tokio hervorgeht, griff die Regierung zwischen dem 30. April und dem 6. Mai an insgesamt drei Tagen in den Markt ein. Allein am 30. April verkaufte sie Dollar im Gegenwert von 6,28 Billionen Yen - knapp 40 Milliarden Dollar. Damit übertraf sie den Tagesrekord vom 29. April 2024. Insgesamt beliefen sich die Stützungsmaßnahmen zwischen Ende April und Ende Mai auf 11,7 Billionen Yen. Die Maßnahmen halfen zwar kurzfristig, konnten den Abwärtstrend des Yen aber nicht stoppen. Im Juli fiel die Währung auf ein 40-Jahres-Tief; daraufhin intervenierten die Behörden in der vergangenen Woche erneut, diesmal abgestimmt mit den USA (*Reuters*).

Automobile / Zulieferer

Der Nutzfahrzeughersteller **Daimler Truck** will mit einem neuen Werk in den USA Spezial- und Fernverkehrs-Lkw bauen. Der Produktionsstart ist für 2029 geplant, der Bau selbst soll Ende 2026 beginnen, wie der Konzern am Donnerstagabend in Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart mitteilte. Mögliche Standorte werden derzeit noch geprüft, das Werk solle Tausende von Arbeitsplätzen schaffen. Konkrete Investitionssummen sowie Angaben zur Produktionskapazität machte der Konzern zunächst nicht (dpa/AFX).

Wegen des herannahenden **Taifuns** "Dolphin" hat der japanische Autobauer **Toyota** am Freitag die Produktion in neun Werken ausgesetzt. Der Wirbelsturm sorgt im Südwesten des Landes für heftige Regenfälle, hohen Wellengang und Windgeschwindigkeiten von bis zu 144 Kilometern pro Stunde. Die Behörden wiesen fast 260.000 Einwohner in den Präfekturen Kagoshima und Okinawa an, sich in Sicherheit zu bringen. Zudem wurden mehr als 500 Flüge gestrichen. Die japanische Wetterbehörde JMA warnte vor Überschwemmungen und möglichen Schäden an Gebäuden durch den langsam ziehenden Sturm (*Reuters*).

Chemie

Im US-Rechtsstreit über den Unkrautvernichter Glyphosat hat das zuständige **Gericht im Bundesstaat Missouri** die Anhörung zur endgültigen Genehmigung eines milliardenschweren Sammelvergleichs von **Bayer** verschoben. Der Termin sei auf den 14. September verlegt worden, teilte der Konzern mit. Damit sei einem gemeinsamen Antrag des Unternehmens und der Klägerseite stattgegeben worden. Der Beschluss sei positiv, da die Parteien nun rund drei Wochen mehr Zeit hätten, um Anträge auf Widerruf von Ausstiegserklärungen zu bearbeiten, erklärte der Konzern. Zudem könne die Gültigkeit einiger dieser sogenannten Opt-outs im Vorfeld geklärt werden. Das Unternehmen zeigte sich weiterhin überzeugt, dass die Vereinbarung fair sei und richterlich genehmigt werden sollte (*Reuters*).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Der britische Billigflieger **Easyjet** geht an den US-Finanzinvestor **Apollo**. Dieser sicherte sich nach einigem Hin und Her die Unterstützung des Managements und der Gründerfamilie Haji-Loann für seine Offerte über 7,15 britische Pfund je Easyjet-Aktie beziehungsweise 5,7 Milliarden Pfund (6,7 Mrd Euro). Ein Gebot in dieser Höhe hatte Apollo bereits vor vier Wochen angedeutet (dpa/AFX).

Versicherungen

Der italienische Versicherer **Generali** hat im zweiten Quartal dank gut laufender Geschäfte in allen Segmenten operativ mehr als erwartet verdient. Der operative Gewinn sei um knapp 15 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro gestiegen, teilte der Allianz-Konkurrent am Donnerstagabend in Triest mit. Damit beschleunigte sich das Ergebniswachstum im Vergleich zum ersten Quartal und fiel zudem etwas höher aus, als Analysten erwartet hatten. Im ersten Halbjahr zog das operative Ergebnis um elf Prozent auf etwas mehr als 4,5 Milliarden Euro an. Die Prämieinnahmen kletterten um sechs Prozent auf 53,4 Milliarden Euro an. Konzernchef Philippe Donne bekräftigte zudem das mittelfristige Gewinnziel. Zudem startet der Versicherer den Rückkauf eigener Anteile für bis zu 500 Millionen Euro (dpa/AFX).

Versorger

RWE hat seinen **Streit mit der Regierung von US-Präsident** Donald Trump über drei **Windpark-Projekte** in US-Gewässern beigelegt. Die Konzerntochter RWE U.S. Offshore habe mit dem US-Innenministerium einen **Vergleich** geschlossen, wonach sie drei Offshore-Windpachten vor den Küsten von New York, Kalifornien und Louisiana zurückgibt. Die freiwerdenden 1,2 Milliarden Dollar investiert RWE in **US-Gasprojekte**. Die Vereinbarung ist die fünfte und bislang größte, die die US-Regierung in diesem Jahr im Rahmen ihrer Bemühungen geschlossen hat, die Entwicklung von US-Offshore-Windprojekten zu stoppen, die Trump als teuer und unansehnlich betrachtet. Seine Regierung hat sich von der Förderung sauberer Energien abgewendet und will die heimische Produktion fossiler Brennstoffe steigern (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

